

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (0228) 21 90.38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Alfons Pawelczyk, Hamburgs Innensenator, wirft der Bundesregierung vor, die Lage zu verschärfen: Vertrauen schaffen! Seite 1

Rudolf Scharping MdL wendet sich gegen Flugtage, weil sie ein militärisches Spektakel ohne Nutzen sind: Nicht vertretbare Übergriffe. Seite 5

Franz Müntefering MdB schildert, wie die CDU/CSU-FDP der direkten Modernisierungsförderung den Garaus gemacht haben: Des Schneiders neue Kleider. Seite 6

38. Jahrgang / 151

10. August 1983

Vertrauen schaffen !

Die Bundesregierung spitzt die Lage zu

Von Alfons Pawelczyk

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Sorge um den äußeren Frieden führt dazu, daß zur Zeit auch der innere Frieden Belastungsproben ausgesetzt ist. Das liegt nicht nur an der besonderen Bedeutung, die der Ausgang der Genfer Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen für Europa hat. Das liegt auch an der Art und Weise, wie die neue Bonner Koalition ihre Meinungsverschiedenheiten und ihre Differenzen mit der Opposition austrägt und wie sie ihre offizielle Auffassung der Bevölkerung präsentiert. Die Diskussion darüber, was im Herbst zu erwarten ist, wird dadurch zugespitzt. Ich sehe die Gefahr, daß sich verschiedene Tendenzen gegenseitig hochschaukeln. Es wird so häufig und so nachdrücklich von zu erwartenden Gewalttaten gesprochen, daß diejenigen unter einem zusätzlichen Erwartungsdruck gegenüber ihrer Szene geraten können, die Gewalt anwenden wollen.

Die Bundesregierung spitzt die Lage zu, weil sie die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts will. Das Bundesinnenministerium tut sich dabei besonders hervor. Es betreibt diese Zuspitzung in nicht mehr zu verantwortender Weise. Anders kann man es nicht bezeichnen, wenn das Bundesinnenministerium Informationen über das politische Spektrum der Friedensbewegung, die nur ihm zur Verfügung standen, in einseitiger Auswahl an die Öffentlichkeit weitergab. So veröffentlichte es zwar Beobachtungen über Vorbereitungen zu Gewalttaten im Herbst, verschwieg aber die ungleich größeren Bemühungen, die Aktionen friedlich zu halten. Durch dieses Verhalten arbeitet das Bundesinnenministerium der Minderheit innerhalb der Friedensbewegung zu, die bereit ist, gewaltsame Aktionen zu begehen. Das ist eine Vorgehensweise, die gerade den Institutionen schaden muß, die un-



parteilich dem Schutz des inneren Friedens in der Demokratie dienen müssen, wie Polizei und Verfassungsschutz. Sie müssen aus der parteipolitischen Auseinandersetzung herausgehalten werden.

Wir müssen respektieren, daß viele Bürger angesichts der Gefahren eines Rüstungswettlaufs bei den nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa Angst empfinden und deshalb ihre Meinung und ihren Protest öffentlich kundtun. Ich will hier keine nähere Beurteilung der verschiedenen Orientierungen innerhalb der Friedensbewegung vornehmen. Man kommt aber nicht an der Feststellung vorbei, daß in der Friedensbewegung immer noch diejenigen zuviel Beifall finden, die zwischen Gewalt und friedlicher Aktion keinen klaren Trennungsstrich ziehen, und es gibt immer noch zu viele, die Gewalttätigkeit schon dann entschuldigen, wenn sie sich ihre Entstehung erklären können. Sie arbeiten denjenigen zu, die eine Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts durchsetzen wollen.

Ich möchte hier das darstellen, was der Staat aus meiner Sicht leisten muß, um Verschärfungen von Situationen vermeiden zu helfen und entstandene Konflikte abzubauen, und will das an den Bemühungen in Hamburg konkretisieren, für die ich die direkte Verantwortung trage.

Wenn sich tiefgreifende Kontroversen zuspitzen, hängt der innere Frieden in einer Demokratie zum guten Teil auch davon ab, ob für das staatliche Handeln Differenzierungen möglich bleiben. Es ist notwendig, die Voraussetzungen für diese Möglichkeit zu erhalten. Hierzu gehört, daß Klärungsprozesse, zum Beispiel in der Frage, was friedliche und was gewalttätige Aktionen sind, wie sie für die großen Protestbewegungen unserer Zeit typisch sind, gefördert und nicht erstickt werden. Entwicklungen hin zu friedlichem Verhalten dürfen nicht durch unnötige und falsche staatliche Maßnahmen von ganz anderen Gegensätzen überdeckt werden.

Zu letzterem würde die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts beitragen. Ein schwerwiegender Einwand dagegen ist, daß Demonstranten mit unterschiedlichen Absichten zu Straftätern werden können. Demjenigen, der der Aufforderung zum Auseinandergehen nicht folgt, wird kraft Gesetzes unterstellt, er handele unfriedlich. Friedliche Demonstranten können danach als Landfriedensbrecher bestraft werden. Die Ausnahmeregelung, daß nicht bestraft wird, wer erweislich mäßigend auf Gewalttäter einwirkt, kehrt zudem ein bislang im deutschen Strafprozeß als unantastbar geltendes Prinzip um: Die Unschuldsvermutung zugunsten des Angeklagten. Ihm muß die Schuld nachgewiesen werden. Künftig jedoch soll ein angeklagter Demonstrant nachweisen, daß er nicht schuldig sei. Die neue Bundesregierung zieht sich daher zu Recht den Vorwurf zu, hinter die Strafrechtsreform von 1970 zurückzufallen und den Geist des obrigkeitstaatlichen Aufnahmeparagraphen des Bismarck-Reiches wieder aufleben zu lassen. Es muß eine Regel unserer Demokratie bleiben, daß das staatliche Handeln nicht Mißtrauen, sondern Vertrauen gegenüber dem Bürger zum Ausgangspunkt hat. In einer Demokratie darf sich die Gesetzgebung nicht am denkbar schlimmsten Fall orientieren.

Die neue Bundesregierung polarisiert die Auseinandersetzung, weil sie Politik nach dem Motto betreibt: Mehrheit ist Mehrheit! Man gewinnt den Eindruck, daß sie die Polarisierung auch als Mittel zur Mehrheitsbeschaffung einsetzt. Die Bundesregierung übersieht dabei, daß eine verheerende Entwicklung in Richtung auf ein Freund-Feind-Verhältnis eintritt. Auch die Erfahrungen der Sechziger Jahre sollten uns warnen. Sie zeigen, daß ein verschärftes Demonstrationsstrafrecht letztlich darauf hinausläuft, daß Friedliche und Gewalttäter in der Polizei ihren gemeinsamen Gegner sehen und damit ein wichtiges Ziel der Gewalttäter erreicht wird. Die gewaltsame Konfrontation mit dem Staat läßt die eigentlichen Demonstrationsziele in den Hintergrund treten.

Es ist richtig und darf nicht bestritten werden: Das Gewaltmonopol in der Demokratie darf nur der Staat ausüben. Mehr als irgendein anderes Recht des Staates verlangt das



Gewaltmonopol aber eine ständige Anstrengung zu seiner Legitimierung. Weil es eines der weitreichendsten Rechte gegenüber dem Bürger ist, muß es in seiner Handhabung für möglichst viele und möglichst über die jeweiligen Mehrheiten hinaus zumutbar sein. Es darf nicht so eingesetzt werden, daß es Auseinandersetzungen eskaliert. Dazu leistet das neue Demonstrationsstrafrecht Vorschub.

Die staatliche Alleinzuständigkeit für das Gewaltmonopol findet ihre Legitimation unter anderem darin, das alles getan wird, damit die Anwendung staatlicher Gewalt möglichst vermieden wird. Dazu gehört auch, daß die staatliche Seite nicht glaubt, in jedem Fall die Stärke der eigenen Position auch zeigen zu müssen. Sie darf sich nicht automatisch herausgefordert fühlen, auch dann nicht, wenn sie von unterschiedlichsten Interessen dazu gedrängt wird. Man muß auch sehen, daß eine funktionierende pluralistische Demokratie immer nachrichtenfreudig ist und aus sich selbsteraus auf erregende öffentliche Ereignisse drängt.

So war die Konstellation auch in Hamburg, als ein heterogen zusammengesetztes "Blockade-Plenum" für den 19. Juni zu Aktionen vor der Boehn-Kaserne aufrief. Die Erwartungen, daß es zu einem beispielgebenden Kräftemessen kommt, waren auf sehr unterschiedlichen Seiten gleich hoch. Ich habe es für einen Beweis von Gelassenheit und Selbstbewußtsein und nicht für ein Zeichen staatlicher Schwäche gehalten, daß der örtlich zuständige Kommandeur der Bundeswehr Maßnahmen traf, die eine Behinderung der Truppe weitgehend ausschloß, um von sich aus, wie er sich ausdrückte, auf der Leiter der Eskalation keine Sprosse nach oben zu steigen. Ich halte diese Maßnahmen für richtig. Der Staat muß nicht ausprobieren, worauf engagierte Protestler es ankommen lassen wollen, so lange er ihren Protest hinnehmen kann.

Während der Aktionen vor der Boehn-Kaserne wurde dann den Demonstranten mitgeteilt, von wann an sie mit strafrechtlichen Konsequenzen zu rechnen hätten. Die Demonstranten klärten ihre Positionen untereinander ab und entschlossen sich, ihre Aktion vorher zu beenden.

Der Staat muß, wo immer es rechtlich möglich ist, Maßnahmen ergreifen, die Zuspitzungen vermeiden, weil auf diese Weise Solidarisierungen mit Gewalttätern vermieden werden und deren Zahl verringert werden kann. Dazu ist auch die Dialogfähigkeit und -bereitschaft zwischen den Kräften der inneren Sicherheit und der jeweiligen Demonstrationsleitung wichtig.

Wir befinden uns nicht in einer Situation des Bürgerkrieges, wo große Menschenmengen zu Gewalt bereit sind, auch wenn manche Berichterstattung das suggeriert. Die politisch motivierten Gewalttäter sind eine sehr kleine Minderheit, die sich immer wieder bemühen muß, nicht in die wirkungslose Isolierung zu geraten. Dieser Minderheit darf der Staat nicht durch unüberlegte Maßnahmen Sympathisanten verschaffen.

Ein Blick auf das Demonstrationsgeschehen in Hamburg zeigt, daß sich Konzepte zur Vermeidung von Konflikten auch praktisch auswirken. Die Zahl der Demonstrationen in Hamburg ist in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Dabei haben Gewalttaten ständig abgenommen. Im Jahre 1982 fanden 836 Demonstrationen statt. Lediglich am Rande von elf von ihnen kam es zu Gewalttätigkeiten. Das Hamburger Konzept basiert auf einer zahlenmäßig starken und gut ausgebildeten Polizei. Der Hamburger Staat hat die innere Sicherheit, also Polizei und Verfassungsschutz, in den Etats der letzten Jahre als Prioritätenbereich behandelt. Dazu gehörte zum Beispiel eine Erhöhung der Zahl der Polizeibeamten, die im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern auch 1984 wiederum erhöht wird. Die Ausbildung der Polizei ist darauf ausgerichtet, daß sie imstande ist, differenziert zu handeln und gelassen zu reagieren. Darüber hinaus



braucht sie den ständigen Dialog mit dem politisch Verantwortlichen, dessen klare Führung und seine Unterstützung, besonders in schwierigen Situationen.

Öffentliche Meinungsbekundungen, wie Demonstrationen und Protestkundgebungen, sind als Wahrnehmung von Grundrechten zu schützen. Zum Hamburger Konzept gehört, daß möglichst alles vermieden wird, was sich nicht nur gegen Gewalttäter, sondern gleichzeitig gegen friedliche Demonstranten auswirkt. Hamburg lehnt darum seit Jahren Vorschläge zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und härtere Waffen für die Polizei, wie CS-Gas und Gummigeschosse, ab.

Wer die Polizei ohne Not mit solchen Waffen ausrüstet, muß wissen, was das unausweichlich mit sich bringt. Nicht nur das äußere Bild der Polizei wendet sich ins Militärische, sondern notwendigerweise auch die Ausbildung. Entsprechend wird das Denken und Handeln der Polizei geprägt. Hier schlägt die Qualität der Bewaffnung um in eine neue Eigenschaft der Polizei. Es muß darum gehen, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit dieser Schritt vermieden werden kann. Hamburg hat die Zahl der Polizeibeamten erhöht, um die Notwendigkeit für eine härtere Bewaffnung so lange wie irgend möglich zu vermeiden. Die gegenwärtige und auch die absehbare Situation ist mit den vorhandenen Mitteln beherrschbar.

Es lohnt sich, diese Anstrengungen zu unternehmen, weil durch wenige falsche Aktionen das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei zerstört werden kann. Es wieder herzustellen, bedarf dann jahrelanger Arbeit.

Im übrigen wurde in Hamburg nie ein Zweifel daran gelassen, daß gegen Rechtsbrüche und Gewaltausschreitungen konsequent vorgegangen wird. So wurden Hausbesetzungen in Hamburg von Anfang an nicht hingenommen. Genauso werden wir auch Blockaden nicht zulassen.

In einer Zeit, wo die sozialpolitischen und innenpolitischen Kontroversen heftiger werden, kommt es darauf an, daß im Verhältnis zwischen Bürger und Polizei nicht Spannungen entstehen, die auf das innere Gefüge unserer Demokratie durchschlagen und den Grundkonsens auflösen. Die Weimarer Zeit ist für uns immer noch ein warnendes Beispiel.

Wenn wir die Dinge objektiv betrachten, ist festzustellen, daß die Autorität des Staates bisher nicht in Frage gestellt ist. Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und trotz der Heftigkeit der innenpolitischen Debatte sind für die weit überwiegende Mehrheit der Bürger Demokratie und Rechtstaatlichkeit glaubwürdig geblieben.

Wir sind jetzt herausgefordert, diese Glaubwürdigkeit zu stärken, um sie zu erhalten. Der einvernehmlich im Bundestag verabschiedete Bericht der Enquete-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat" weist zu Recht darauf hin, daß die Aufrechterhaltung des Gewaltmonopols des Staates bedingt, daß staatliches Handeln für den Bürger einsichtig und nachvollziehbar sein muß. Wer darauf verzichtet, verschafft den Gewalttätern Zulauf aus dem Kreise derjenigen, die bisher noch unentschieden sind, ob sie sich auf die Seite der Gewalt schlagen sollen.

Die Kräfte der inneren Sicherheit, die die Hauptlast der Auseinandersetzungen tragen, haben längst zu einer Haltung gefunden, die wirksam und differenziert mit den Rechten der Bürger umgeht - der Bürger erkennt dies an. Die Bundesregierung treibt einen Keil in diese Entwicklung. Wir müssen dem entschieden entgegenreten. (-/10.8.1983/vo-he/ca)

+

+

+



Nicht vertretbare Übergriffe

Flugtage - militärisches Spektakel ohne Nutzen

Von Rudolf Scharping MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz - von CDU-Politikern ebenso gerne wie dümmlich als "Flugzeugträger der NATO" bezeichnet - erlebt Flugtage: am vergangenen Wochenende in Ramstein (Pfalz), am kommenden Wochenende in Rahn (Hunsrück).

Flugtage sind ein unnützes militärisches Spektakel. Sie stellen als selbstverständlich dar, was nicht selbstverständlich sein darf - Kinder auf Panzern und Tausende, denen sich hinter der fliegerischen Kunst der Militärpiloten die Gefahr nicht mehr erschließt, die Hochrüstung für Frieden und wirtschaftliche Wohlfahrt bedeutet.

Gefährlich sind Flugtage nicht zuletzt auch für die Menschen, die daran teilnehmen. Die Todesopfer von Frankfurt oder Mannheim mahnen, auf dieses Spektakel zu verzichten und - wie pfälzische Pfarrer es formulierten - ein "Zeichen des Friedens zu setzen.

Gegen diese Bedenken hatten rheinland-pfälzische Christdemokraten eingewendet, Flugtage setzten Zeichen der Verbundenheit mit den amerikanischen Freunden; als ob es da nicht bessere Möglichkeiten gäbe? Als "Anti-Amerikanismus" wurde die Kritik an den Flugtagen denunziert; als ob gerade in diesen Wochen eine offene Diskussion über Friedens- und Rüstungsfragen nicht durch derartige Provokationen erschwert würde.

Das Vorgehen der amerikanischen Militärpolizei in Ramstein hat ersichtlich dazu beigetragen. Was der Kaiserslauterer Polizeipräsident Ochs als "nicht zimperlich" bezeichnete, waren nicht vertretbare Übergriffe gegen Demonstranten. Wer so sein Hausrecht ausübt, offenbart mehr als eine angespannte Seelenlage und sprengt den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Darüber wird im rheinland-pfälzischen Landtag zu reden sein.

Es darf nicht gelingen, daß über diese Eskalationen das erreichte Maß an Aufmerksamkeit, Information und Kritik an einer sich verselbständigenden Rüstungsmaschinerie in der Bevölkerung umkippt in eine Diskussion über das Vorgehen von Demonstranten oder der Polizei. Verschwände der eigentliche Kern der Diskussion hinter derjenigen über "Umgangsformen", hätten konservative Kräfte ein Ziel erreicht. Diejenigen, die Raketen stationieren sollen, müssen an solcher Ablenkung Interesse haben.

Der terroristische Anschlag auf die - Gott sei Dank menschenleere - Offiziersmesse der US-Armee in Rahn belastet die politische Diskussion. Er liefert billige Vorwände zur Diffamierung von Politikern und Friedensbewegung in unserem Land. Er ist ein Symbol politischen Terrorismus, dem mit allen Mitteln entgegengetreten werden muß.
(-/10.8.1983/bgy/ca)

+ +



Des Schneiders neue Kleider

CDU/CSU-FDP machen der direkten Modernisierungsförderung den Garaus

Von Franz Müntefering MdB

**Stellvertretender Obmann im Ausschuß Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
des Deutschen Bundestages**

Gestern hat der Bundesbauminister stolz verkünden lassen, die Modernisierungsförderung werde nun doch über den 30. Juni 1983 hinaus bis Ende 1987 fortgesetzt.

In Wahrheit

- haben CDU/CSU-FDP der direkten Modernisierungsförderung endgültig den Garaus gemacht,
- ist die steuerliche Modernisierungsförderung auf einige Minitatbestände reduziert.

Das Vorzeigekleid "Modernisierung" des Bauministers ist bestenfalls eine Strampelhose.

Die von der SPD favorisierte direkte Modernisierungsförderung machte es bis 1982 möglich, die begrenzten Mittel für den dringenden Bedarf zielgenau einzusetzen und sie vermied steuerlich bedingte Vorteile für Gutverdienende. Diese Förderung entfällt völlig.

Die steuerliche Förderung war dagegen immer eine Bevorzugung derer mit hohem Steuersatz und eine Gießkanne, die großzügig über das Land streute. Diese Förderung ist jetzt eingeschränkt auf bestimmte Tatbestände in förmlich festgelegten Sanierungsgebieten. Unkomplizierte kleine Stadterneuerung in Wohngebieten wird zukünftig nicht mehr unterstützt. Gerade hier besteht aber großer Bedarf.

Insgesamt setzt sich hier fort, was sich in bisherigen Beschlüssen dieser Regierung zu Wohnungs- und Städtebaupolitik schon ablesen ließ: Der Minister hat sein Geld für kurzatmige Aktionen verpulvert. Die mittel- und langfristigen Erfordernisse des Wohnungs- und Städtebaus bleiben weitgehend unbefriedigt. Als Konjunkturminister darf Oscar Schneider eine Nebenrolle spielen, als Bauminister kann er sich nicht durchsetzen.

(-/10.8.1983/hf/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

